



„Ich bezweifle, dass das Weißbuch 2016 einen nachhaltigen Beitrag zur sicherheitspolitischen Debatte in der deutschen Gesellschaft leisten wird.“

**Interview mit Oberst Rüdiger Attermeyer,
Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)**

Kompass: *Seit 2009 sind Sie ehrenamtlicher Bundesvorsitzender eines nach dem Kirchenrecht anerkannten, freien Zusammenschlusses katholischer Soldatinnen und Soldaten einschließlich ihrer Familienangehörigen in der Jurisdiktion des Katholischen Militärbischofs in Deutschland. Sowohl als deren Vorsitzender als auch als Soldat und Staatsbürger in Uniform verfolgen Sie die friedensethische und sicherheitspolitische Debatte. Was ist Ihr Eindruck? Wird diese immer noch von einem „freundlichen Desinteresse“ begleitet, oder hat sich etwas nachhaltig verändert?*

Oberst Attermeyer: Die Ereignisse in Frankreich, im Nahen und Mittleren Osten und die Flüchtlingsströme, die auch in Europa und Deutschland ankommen, führen dazu, dass das Sicherheitsgefühl der Menschen sich verändert hat. Der Krieg und der Terror sind greifbar näher gerückt, das Gefühl, dass Frieden in Europa etwas Selbstverständliches sei, hat Risse bekommen. Die Fähigkeit sich verteidigen zu können, Soldatinnen und Soldaten zu haben, die bereit sind, mit Gewalt unter Einsatz des eigenen Lebens für die Sicherheit der Bevölkerung einzutreten, bekommt bei vielen Menschen plötzlich wieder einen gewissen Stellenwert. Man ist auch bereit, sich dies etwas kosten zu lassen, den Verteidigungshaushalt zu erhöhen und auch sonstige Anstrengungen zu unternehmen, um die Wehrhaftigkeit der Demokratie gegen Bedrohungen von innen und außen zu stärken.

Leider führt dieses aber nach meiner Wahrnehmung bisher nicht dazu, dass sich die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite intensiver mit sicherheitspolitischen und friedensethischen Fragen auseinandersetzen würde. Dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist und damit jeder Bürger, jede Bürgerin Verantwortung für die Soldatinnen und Soldaten und für deren Tun trägt, ist im Bewusstsein der Gesellschaft kaum verankert.

Insofern ist für mich noch nicht klar, ob dieses derzeitige Interesse zu einem nachhaltigen Interesse an Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und an der Bundeswehr und ihrem Tun führt, oder ob es bei der Bewertung „freundliches Desinteresse“ des Altbundespräsidenten Horst Köhler bleibt. Nach meiner persönlichen Einschätzung erwarte ich allerdings kein nachhaltiges Interesse in der breiten Bevölkerung. Die GKS wird aber nicht müde, an die Zusammenhänge zu erinnern und für ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept zu werben, bei dem die Streitkräfte nur ein Element von mehreren sind.

Kompass: *Nun hat die Bundesregierung kurz vor der diesjährigen Sommerpause ihr Weißbuch 2016 veröffentlicht. Unter welcher Voraussetzung kann dieses Weißbuch Ihrer Meinung nach einen nachhaltigen Beitrag zur Debatte in Deutschland leisten? Halten Sie dieses regierungsamtliche Format, auch mit*

Blick auf die Zukunft, für geeignet und zweckmäßig, um eine sicherheitspolitische Diskussion über Parlament, Streitkräfte und Soldaten hinaus zu forcieren und zu verstetigen?

Oberst Attermeyer: Ich bezweifle, dass das Weißbuch 2016 einen nachhaltigen Beitrag zur sicherheitspolitischen Debatte in der deutschen Gesellschaft leisten wird. Schon der zumindest unglückliche Veröffentlichungszeitpunkt in der Sommerpause ließ das so wichtige „Erstinteresse“ fast wirkungslos verpuffen. Als hoch komplexes, sehr theorielastiges „Fachwerk“ bietet es wenig Anreiz, dass sich größere gesellschaftliche Gruppen mit seinen Inhalten auseinandersetzen. Auch die verwendete Sprache mit ihren monoton anmutenden, immer wiederkehrenden Satzbildern lädt nicht zum Weiterlesen ein, daran können auch die vielen, großflächigen Bilder nichts ändern.

Inhaltlich hat mich enttäuscht, dass im Weißbuch von der Notwendigkeit der ganzheitlichen Sicherheitspolitik zwar gesprochen, dieser Begriff im Text dann aber so wenig mit Leben gefüllt wird. Strategisch sprechen wir vom vernetzten Ansatz, davon dass Entwicklungspolitik, Unterstützung in Bildung, beim Aufbau von Wirtschaft, Verwaltung und Infrastruktur und militärische Präsenz Hand in Hand gehen müssen. Diese Punkte bleiben aber in der reinen Darstellung stecken, werden nur idealtypisch gestreift und nicht konkretisiert.

Enttäuscht hat mich auch, dass dem Alleinstellungsmerkmal der Bundeswehr, nämlich der Führungskultur der „Inneren Führung“, im Verhältnis zu den anderen Themen des Weißbuchs nur wenige Zeilen gewidmet werden. In Zeiten, in denen so große Veränderungen geschehen, kommt es über die theoretischen und praktischen Fähigkeiten der einzelnen Soldaten hinaus ganz wesentlich auf den Bildungsstand und die ethische Basis an. Hier gilt es meines Erachtens, intensiv im Rahmen der Inneren Führung zu arbeiten, dass diese auch unter den sich rasch verändernden Rahmenbedingungen ihre wichtige, an der Menschenwürde orientierte Wirkung weiterhin entfalten kann.

Ein „Weißbuch“ allein kann – auch wenn es attraktiver und gesellschaftsorientierter formuliert wäre – den notwendigen sicherheitspolitischen Diskurs nicht begründen. Aber in seinem Erscheinen läge die Chance, dass die Mitglieder des Bundestages und der Regierung aktiv vor Ort mit den Menschen das Gespräch zu Fragen der Sicherheitspolitik suchten. Es geht nicht darum, dass die Menschen nur über die Bundeswehr sprechen, sondern darum, dass sie auch über ihre eigenen Aufgaben und die diesen zugrundeliegenden Werte und Entscheidungen sprechen.

Kompass: Nun kann man den Dienst der Soldatinnen und Soldaten nicht von ihrem Auftrag, der letztendlich auch immer ein politischer ist, trennen. Trotzdem die Frage: Kann der Dienst der Soldatinnen und Soldaten, können Soldaten schlechthin wertgeschätzt werden? Wie beurteilen Sie sowohl grundsätzlich als auch aktuell diese Wertschätzung? Gibt es sie in Deutschland?

Oberst Attermeyer: Wertschätzung für den Dienst der Soldatin, des Soldaten,

drückt sich meines Erachtens darin aus, dass eine Gesellschaft als Ganze bereit ist, immer wieder um die Fragen der konkreten Umsetzung sicherheitspolitischer Fragen und Interessen zu ringen. Das ist deutlich wichtiger als mehr oder weniger interessiertes Zuschauen!

Wertschätzung drückt sich darin aus, dass gesellschaftlich klar ist, dass Soldatinnen und Soldaten einen Auftrag ausführen, der ihnen letztlich von allen Wählerinnen und Wählern gegeben worden ist. Wenn das klar ist, kann sich die Gesellschaft über pazifistische und militärgeliebte Lösungsansätze auseinandersetzen und auch einen einschlagenden militärischen Weg kontrovers diskutieren. Man könnte um die Anerkennung als politische und gesellschaftliche Mehrheit ringen, weil klar ist, dass die Soldaten und Soldatinnen im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland für sie handeln – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Damit können die Soldatinnen und Soldaten vom Auftraggeber für das „Wie“ ihrer Dienstausbildung kritisiert werden, aber niemals dafür, dass sie es tun. In dieser sauberen Trennung liegt für mich die einer Demokratie angemessene Form der Wertschätzung. Zurzeit nehme ich allerdings wahr, dass wir von dieser Form der Wertschätzung und der damit verbundenen Handlungssicherheit für die Soldatinnen und Soldaten noch weit entfernt sind.

Kompass: Mit Blick auf die Kirche und den Dienst der Soldatinnen und Soldaten – verhält es sich in der katholischen Kirche anders als in der bundesdeutschen Gesellschaft? Welche Erwartungen richten Sie als ein katholischer Zusammenschluss an die Gläubigen?

Oberst Attermeyer: Als Christen teilen wir alle die Verpflichtung, für den Frieden aktiv einzutreten. Über den Weg, wie dies am nachhaltigsten geschehen

kann, streiten wir uns auch als Christen mit großem Engagement. Und genau dieses Engagement fordere ich in noch viel größerem Maße ein, als es derzeit in Deutschland in der Kirche zu spüren ist. Der Frieden in unserem Land, in Europa und letztlich weltweit, ist auch uns zur Pflege anvertraut, er geht uns alle an und gedeiht nicht ohne Zutun. Noch viel mehr als bisher müssen sich die Gemeinden und die Verbände dieser Verantwortung stellen.

Als Menschen sind wir immer Suchende. Welcher Weg zum Ziel führen wird, das wissen wir nie mit letzter Sicherheit. Deshalb gibt es in unserer Kirche sowohl Pazifisten als auch Menschen, die Gewalt als *ultima ratio* für legitim halten. Christ sein bedeutet für mich nicht, eine Einheitsmeinung zu haben, sondern sich einzumischen. An der Art, wie wir um den richtigen Weg miteinander ringen, daran soll man uns erkennen! Deshalb erwarte ich von der Kirche und uns Gläubigen, dass wir miteinander und untereinander um den richtigen Weg ringen, dabei aber immer im anderen auch den Bruder, die Schwester sehen.

Es wird jedoch nicht ausreichen, wenn wir dies im katholischen Biotop innerhalb der Gemeinden und hinter den Kirchenmauern tun. Es geht darum, nach außen in der Gesellschaft Flagge zu zeigen, Argumente für eine sicherheitspolitische Debatte anzubieten, Lösungswege darzustellen und sich in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs immer wieder einzumischen. Dabei für Menschenwürde, Freiheit und Frieden aus unserem Glauben heraus einzutreten, steht uns gut an. Als GKS versuchen wir das immer wieder. Aber: Wir alle, Kirche, Gläubige und GKS können da noch mehr tun und haben da sicherlich eine Menge Luft nach oben!

Die Fragen stellte Josef König.